



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 22026

E-Mail: anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Datum: 29.03.2022

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 07.03.2022, 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernd Petelkau	CDU
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Dr. Gerrit Krupp	SPD
Herr Manfred Richter	GRÜNE
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Werner Marx	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Herr Ulrich Müller	SPD
Herr Pascal Pütz	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Volker Görzel	FDP
Herr Lars Müller	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD
Herr Michael Hock	Die FRAKTION
Frau Sarah Brunner	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Thomas Hilden	Auf Vorschlag von Grünen
Herr Cemal Salman	Auf Vorschlag von SPD
Herr Aaron Appuhn	Auf Vorschlag von CDU
Herr Jürgen Schuiszill	CDU
Herr Eli Abeke	Auf Vorschlag von SPD
Frau Ayfer Sevim	Auf Vorschlag von SPD

Herr Marcel Adolf Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Herr Alf Spröde Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Anna Maria Klimaszewska-Golan Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Dr. med Martin Theisohn Seniorenvertretung der Stadt Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm GRÜNE

Beratende Mitglieder

Frau Hevi Kutlay Auf Vorschlag von Grünen

Herr Axel Sommer Auf Vorschlag von Grünen

Herr Axel Hopfauf Auf Vorschlag von CDU

Frau Evrum Evsin Kizilay Auf Vorschlag von Linken

Herr Sascha Kaldewey Auf Vorschlag von FDP

Frau Karin Preugschat Auf Vorschlag von GUT

Herr Stefan-Lazar Mitu Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Bernd Tillmann-Gehrken Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Elisa Braune Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Frau Deborah Timm Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender

Nach der Eröffnung der Sitzung des AVR und der Begrüßung der Anwesenden durch den Ausschussvorsitzenden gibt er zunächst folgenden Hinweis:

Zu TOP 4.4 soll ein kurzes Video abgespielt werden.

Zu TOP 4.9 möchte Frau Klimaszewska-Golan einen kurzen Redebeitrag halten.

Sodann trägt der Ausschussvorsitzende folgende Vorschläge der Verwaltung zur Zusetzung in die Tagesordnung im öffentlichen Teil vor:

3.4 0576/2022

Beantwortung einer Nachfrage aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) vom 24.01.2022

(zugesetzt am 03.03.2022)

3.6 0792/2022

Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Impfstatus" aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 24.01.2022

(zugesetzt am 07.03.2022)

4.7 0535/2022

Sachstand „Science meets City“-Symposium

(zugesetzt am 25.02.2022)

4.8 0665/2022

Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 - Klageerhebung gegen Festsetzungsbescheid

(zugesetzt am 01.03.2022)

4.9 0738/2022

Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine

(zugesetzt am 02.03.2022)

4.10 0771/2022

Öffnung der Kundenzentren für Laufkundschaft an zwei Tagen pro Woche

Zu 6.2.1 0587/2022

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0374/2022 der SPD-Fraktion "Bodycams beim Ordnungsdienst"

(zugesetzt am 02.03.2022)

Zu 6.2.2 0706/2022

Beantwortung einer Anfrage betreffend „Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende“, Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion, AN/0453/2022

(zugesetzt am 03.03.2022)

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im nichtöffentlichen Teil vor:

13.2 0093/2022

Sachstandsübersicht zu offenen Beschlüssen, Aufträgen sowie Fragen des Rechnungsprüfungsausschusses

(zugesetzt am 01.03.2022)

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es seitens der Fraktionen weitere Wünsche bezüglich Zusetzungen und Absetzungen gebe.

MdR Richter bittet darum, dass der Tagesordnungspunkt 4.6 zurückgestellt wird, um das Thema nochmal würdigen zu können.

MdR Tokyürek bittet ebenfalls darum, den Tagesordnungspunkt 4.6 zurückzustellen und diesen im Sozialausschuss in die Beratungsfolge zu geben.

Herr Spröde kündigt für die Stadtarbeitsgemeinschaft LST zu Tagesordnungspunkt 4.9 ebenfalls einen Redebeitrag an.

Der Vorsitzende schlägt vor, aufgrund der momentanen Lage in der Ukraine den Tagesordnungspunkt 4.9 vorzuziehen und als erstes zu behandeln.

Der Vorsitzende lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss erklärt sich mit der folgenden Tagesordnung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 EDELGARD: Tätigkeitsbericht 2021 und geplante Evaluation
0332/2022

1.2 Trendstudie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie
4179/2021

2 Internationales

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose"
0250/2022

3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud - Beantwortung einer Nachfrage zum Sachstandsbericht 0012/2022, Stand: 21. Dezember 2021, aus der Sitzung vom 24. Januar 2022"
0451/2022

3.3 Beantwortung einer Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Razzia in Kölner Shisha-Bars" aus der Sitzung vom 24.01.2022"
0494/2022

3.4 Beantwortung einer Nachfrage aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) vom 24.01.2022
0576/2022

3.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Impfstatus" aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 24.01.2022
0792/2022

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Zweite digitale Konferenz Interkulturelles Köln am 05.11.2021 – Dokumentation
0057/2022
- 4.2 Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe Kölnberg
0268/2022
- 4.3 Jahresbericht der Online-Redaktion über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2021
0464/2022
- 4.4 Sachstand zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes in der Stadtverwaltung und der KGAB
3886/2021
- 4.5 Refinanzierung der Ausbildung von Notfallsanitäter*innen im Rettungsdienst Köln
4126/2021
- 4.6 Mitteilung zum Antrag AN/1415/2021 "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard".
0428/2022
- 4.7 Sachstand „Science meets City“-Symposium
0535/2022
- 4.8 Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 - Klageerhebung gegen Festsetzungsbescheid
0665/2022
- 4.9 Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
0738/2022
- 4.10 Öffnung der Kundenzentren für Laufkundschaft an zwei Tagen pro Woche
0771/2022

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.2 Neue Anfragen

6.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bodycams beim Ordnungsdienst – Wann startet endlich das Pilotprojekt?"
AN/0374/2022

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0374/2022 der SPD-Fraktion "Bodycams beim Ordnungsdienst" 0587/2022

6.2.2 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen , der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende"
AN/0453/2022

Beantwortung einer Anfrage betreffend „Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende“, Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion, AN/0453/2022 0706/2022

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Karnevalsgeschehen am Zülpicher Platz"

7.2 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion, Der Fraktion Die Linke und der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Städtepartnerschaften"

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffen "Ein Nachtbürgermeister für Köln – und einen Neuanfang nach Corona"
AN/0448/2022

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022
3862/2021

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortschreibung der Richtlinie "Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen"
4342/2021

10.2 Anregung der Bezirksvertretung Nippes zur Wiedereinsetzung der Stadtserviceteams – als „schnelle Eingreifgruppen“ im öffentlichen Raum
0536/2022

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 EDELGARD: Tätigkeitsbericht 2021 und geplante Evaluation 0332/2022

MdR Karadag erkundigt sich, ob es bereits Zahlen oder Rückmeldungen zur Annahme des Angebots „Edelgard“ in dieser Karnevals-session gebe und ob es Erfahrungswerte gebe, wie die Zahlen im Vergleich mit der bundesweiten Kampagne „Luisa“ aussehen.

MdR Tokyürek begrüßt, dass „Edelgard“ fortschreitet und sich die Zugriffszahlen von 2018 und 2019 fast verdoppelt hätten. Sie fragt nach, ob es bereits Pläne gebe, wie die Inanspruchnahme des Angebots „Edelgard“ gesteigert werden könne, da es wichtig sei, die Frauen darin zu bestärken, dass Angebot progressiver zu nutzen.

MdR Cremer teilt mit, dass er auf den Social Media Plattformen vernommen habe, dass es eine Personenreichweite von 7.620 Personen gebe. Dies sei sehr wenig. Er erkundigt sich, ob an dieser Stelle auch monetär nachgeholfen werde, um mehr Follower werben zu können.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

1.2 Trendstudie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie 4179/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2 Internationales

Der Vorsitzende bittet darum, in der nächsten Sitzung das Thema: *Städte Partnerschaften* aufzurufen. Es solle über die weitere Arbeit berichtet werden.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bußgeldbescheide gegen Obdachlose" 0250/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud - Beantwortung einer Nachfrage zum Sachstandsbericht 0012/2022, Stand: 21. Dezember 2021, aus der Sitzung vom 24. Januar 2022" 0451/2022

Der Vorsitzende merkt an, dass der Ausschussvorsitzende in der Vorlage gegendert werden solle.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Razzia in Kölner Shisha-Bars" aus der Sitzung vom 24.01.2022"
0494/2022

MdR Cremer bezieht sich auf den Satz in der Vorlage, dass die Notausgänge versperrt gewesen seien und zudem bei einer Feuerwehrrstätte eine Brandlast festgestellt worden sei. Er fragt nach, ob dies strafrechtliche Folgen haben könne. Des Weiteren sei geschrieben worden, dass die Lebensmittelüberwachung diverse Lebensmittelverstöße festgestellt hätte. Er erkundigt sich nach konkreten Zahlen zu diesen Verstößen.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.4 Beantwortung einer Nachfrage aus dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) vom 24.01.2022
0576/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3.5 Beantwortung der mündlichen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Impfstatus" aus der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 24.01.2022
0792/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen der Verwaltung

4.1 Zweite digitale Konferenz Interkulturelles Köln am 05.11.2021 – Dokumentation
0057/2022

Frau Brunner begrüßt es, dass diese wichtige Konferenz (trotz der Pandemie) stattgefunden habe. Sie erkundigt sich, ob es (wie im Resümee beschrieben) bei der Stadt Köln eine unabhängige Beschwerdestelle für Alltagsrassismus gebe, an die sich die Arbeitnehmer*innen wenden können.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis

4.2 Sachstandsbericht der Arbeitsgruppe Kölnberg
0268/2022

MdR Dr. Krupp bewertet es positiv, dass es mittlerweile Fortschritte gebe. Er bittet darum, in Zukunft weiter über die Zustände am Kölnberg zu berichten.

MdR Tokyürek bedankt sich für die umfassende Mitteilung. Die Verwaltung habe angekündigt, die Inbetriebnahme der Abfallschächte prüfen zu wollen; dies solle unterstützt werden.

MdR Cremer bedankt sich für die Vorlage. Er fragt nach, ob die Rattenplage mittlerweile „im Griff“ sei und die Ratten dauerhaft zurück gedrängt werden könnten.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Jahresbericht der Online-Redaktion über die Zugriffszahlen von stadt.koeln in 2021 0464/2022

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Sachstand zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes in der Stadtverwaltung und der KGAB 3886/2021

MdR Richter bedankt sich für die tolle Initiative. Es sei eine weitere Form des Recruitings für andere Stellen in der Stadt. Er fragt nach, wie mit dem Bereich der Sicherheit umgegangen werde. Er halte eine Qualifizierung und Ausbildung für die Servicekräfte im Bereich Sicherheit für notwendig und erkundigt sich, was derzeit vorausgesetzt werde, um diese Tätigkeit auszuführen.

MdR Krupp begrüßt es, diese Möglichkeit über 2024 hinaus fortzuführen. Hier werde Unterstützung zugesagt.

MdR Görzel bedankt sich für das Video und regt an, den Film auch in den anderen Ausschüssen zu präsentieren.

Herr Theisohn führt aus, diesen Bericht mit großem Interesse gelesen zu haben. Er habe dennoch bedauert, dass der Seniorenbereich nicht berücksichtigt worden sei. Im Seniorenbereich gebe es eine ganze Reihe an Möglichkeiten für niederqualifizierte Arbeit. Er fragt nach, ob das Programm in diese Richtung weiterentwickelt werden könne.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Refinanzierung der Ausbildung von Notfallsanitäter*innen im Rettungsdienst Köln 4126/2021

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.6 Mitteilung zum Antrag AN/1415/2021 "Einfache Sprache als Verwaltungsstandard".
0428/2022**

Frau Klimaszewska-Golan bittet darum, den Antrag weiter auszuführen und die aufgelisteten Punkte auch für die Ausländerbehörde zu berücksichtigen sowie die leichte Sprache auch für den Internetauftritt mit einzuschließen.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.7 Sachstand „Science meets City“-Symposium
0535/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.8 Gemeindefinanzierungsgesetz 2022 - Klageerhebung gegen Festsetzungsbescheid
0665/2022**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**4.9 Aktuelle Lage und Planungen zur Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine
0738/2022**

Frau Stadtdirektorin Blome schildert, dass es am Breslauer Platz bereits am Freitag, 04.03.2022, und Samstag, 05.03.2022, von der Obdachlosenhilfe eine Anlaufstelle für Flüchtlinge gegeben habe. Aus Berlin seien Züge mit Menschen aus der Ukraine angekommen, von denen zunächst wenige Ukrainer*innen in Köln geblieben seien. Am Sonntagnachmittag, 06.03.2022, sei von der Feuerwehr eine Anlaufstelle mit dem entsprechenden Equipment und Personal (bestehend aus Zelten, Ärzte*innen und Sanitäter*innen, einer Corona-Teststation und so weiter) eingerichtet worden. Zunächst gebe es dort eine Empfangsstation für die Geflüchteten. Anschließend werden Corona-Tests durchgeführt. Für Corona-positiv getestete Geflüchtete gebe es separate Zelte.

Jede*r Geflüchtete könne sich in dieser Unterkunft zunächst ausruhen, etwas essen und sich aufwärmen, bevor er*sie anschließend in die Kölner Flüchtlingsunterkünfte gebracht werde. Bis Montagmorgen, 07.03.2022, 9:00 Uhr, seien circa 500 Menschen aus der Ukraine in Köln untergebracht worden. Aktuell gebe es weitere 600 verfügbare Plätze. Ab dem 08.03.2022 gebe es weitere 80 Plätze und ab dem 09.03.2022 nochmal 400 Plätze. Es seien um die 100 Personen nach Wegberg gebracht worden, wo das Land Sammelunterkünfte geschaffen habe. Dort wurden die ersten Geflüchteten registriert. Menschen mit Passdokumenten hätten einen Touristenstatus („Schengen-Visum“), welcher zunächst für 90 Tage gelte. Es gebe noch keinen Erlass, wie es nach den 90 Tagen weiter gehe.

Es gebe keinen Überblick, wie viele insgesamt in Köln angekommen seien, da ein Großteil auch direkt nach der Ankunft von Familien, Freunden und ehrenamtlichen

Helfer*innen abgeholt worden seien. Andere seien selbstständig mit anderen Zügen weitergefahren.

Es gebe zudem viele freikirchliche Gemeinden, die Geflüchtete aus der Ukraine aufnehmen. Das Land werde digitale Infrastrukturen für die Melderegister schaffen.

Auf der Homepage der Stadt Köln sei als Hilfestellung eine Seite mit Informationen für geflüchtete Menschen aus der Ukraine eingerichtet worden, welche u.a. auch das Einreise- und Meldeverfahren erläutere. Es sei wichtig, dass sich die Geflüchteten melden, weil sie so eine Gesundheitskarte für die Inanspruchnahme von ärztlichen Leistungen bekommen können. Es seien sehr viele Frauen mit kleinen Kindern dabei, die insbesondere mit Babynahrung versorgt werden. Auch ein Kinderheim sei evakuiert worden; die evakuierten Kinder seien gemeinsam mit den Betreuern nach Deutschland gebracht worden.

Der eingerichtete Krisenstab verfüge über eine operative und taktische Leitung.

Zudem werde eine Anlaufstelle geplant, um die Formalien gut und übersichtlich durchführen zu können.

MdR Richter bedankt sich für die Ausführung durch Frau Blome. Er erkundigt sich, ob es einen Plan gebe, wenn die Flüchtlingszahl die Reservekapazitäten von 1.400-1.500 übersteige. Zudem fragt er nach, ob es bereits Regelungen zu den Verteilungsschlüsseln in Nordrhein Westfalen gebe.

MdR Spehl bedankt sich ebenfalls für die Ausführungen und die schnellen Handlungen. Es sei wichtig, mit einer deutlich höheren Zahl an Flüchtenden zu rechnen. United Nations International Children's Emergency Fund (kurz; Unicef) habe von über zehn Millionen Flüchtlingen gesprochen; eine Aufnahmekapazität von 1.400 sei daher deutlich zu niedrig. Er sei zuversichtlich, dass die Stadt Köln dies gut vorbereiten und bestmöglich aus der Krise kommen werde.

MdR Dr. Krupp bedankt sich für den Bericht und fragt nach, wie die Stadtverwaltung diese Aufgabe operationalisiert bekommen wolle. Das Ausländeramt sei auch vor der Krise bereits überlastet gewesen. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Gesundheitskarte müssen ausgeteilt werden. Er erkundigt sich zudem, wie mit den ausländischen Staatsbürger*innen, die aus der Ukraine geflüchtet seien, aber keine Ukrainer*innen seien, umgegangen werde (zum Beispiel ausländische Studierende).

MdR Tokyürek bedankt sich ebenfalls für die schnellen Reaktionen der Stadt und die Ausführungen hierzu. Sie rechne ebenfalls damit, dass die Flüchtlingszahlen noch stark steigen werden. Daher stelle sich die Frage, wie mit dieser hohen Zahl zukünftig umgegangen werden solle und ob es hierzu bereits einen Diskussionsstand zu berichten gebe.

MdR Görzel bedankt sich ebenfalls für die schnelle Reaktion gemeinsam mit dem Krisenstab. Viele Geflüchteten scheinen gut vernetzt zu sein mit Verwandtschaft und Freunden aber auch ehrenamtlichen Helfern. Er erkundigt sich, ob sich die Stadt mit diesen zivilen Organisationen ins Gespräch begeben habe.

MdR Müller lobt die gute Arbeit und schnelle Reaktion der Verwaltung. Er erkundigt sich, ob es einen getrennten Pool für Menschen aus der Ukraine und Menschen aus anderen Staaten gebe.

MdR Cremer bedankt sich für das schnelle Handeln der Verwaltung. Es sei der richtige Weg, die Menschen aus der Ukraine temporär aufzunehmen. Er erkundigt sich, wie es bei Geflüchteten, die ursprünglich aus einem anderen Land kämen, geregelt wer-

de. Er fragt nach, ob den Menschen, die ursprünglich beispielweise aus Indien oder aus Nigeria kämen, ein Angebot gemacht werden könne, dorthin (zurück) zu reisen.

Frau Klimaszewska-Golan bedankt sich für die schnelle Umsetzung der Maßnahmen. Sie erkundigt sich, ob es eine Begrenzungszahl für die Aufnahme der Geflüchteten gebe. Von Seiten des Integrationsamtes sei am 02.03.2022 eine Pressemitteilung herausgegeben worden, in der nicht nur über die Ukrainer geschrieben wurde, sondern auch über andere Nationalitäten. Es sei festgestellt worden, dass die an die eingerichtete Email Adresse (ukrainehilfe@stadt-koeln.de) gesandten E-Mails von der Stadt Köln nicht schnell genug beantwortet würden. Daher plädiert sie für den Einsatz von weiterem Personal, um diese Menge an E-Mails schneller zu bearbeiten. Das Wohnungsamt habe eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet. Dort könnten sich die Flüchtlinge in den Bürozeiten, aber auch telefonisch außerhalb der Bürozeiten im Zimmer 1H02 (Kalk Karree), anmelden. Es sollen eine größere Anlaufstelle geschaffen werden und verschiedene Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden, die ukrainisch sowie russisch sprächen. Kleinkinder seien traumatisiert und könnten nicht direkt in das deutsche Schulsystem übergehen. Es sei wichtig, diese Kinder in kleine Gruppen zusammenzuführen und diese von ukrainisch Sprechenden begleiten zu lassen.

Herr Spröde bedankt sich für die aktiven Ansätze, die bereits umgesetzt werden. Gleichzeitig wolle er auf die Gruppe der queeren Menschen aufmerksam machen. Diese kämen aus einer intoleranten Gesellschaft, und in der Vergangenheit seien in Flüchtlings-Unterkünften diese Menschen mit ihren Gegnern zusammen in einer Unterkunft untergebracht worden; hierdurch seien problematische Situationen aufgetreten, wodurch große Konflikte und Re-Traumatisierungen entstanden seien. Er fragt nach, ob (wie in der Vergangenheit auch) wieder eine Zusammenarbeit mit den Queer Refugees oder Rubicon oder der Aids-Hilfe geplant werde, um zu ermöglichen, dass diese Personen sich sicher fühlen können.

Frau Stadtdirektorin Blome sagt eine zeitnahe Beantwortung der gestellten Nachfragen im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.10 Öffnung der Kundenzentren für Laufkundschaft an zwei Tagen pro Woche 0771/2022

Herr Theisohn teilt mit, dass die Seniorenvertretung die Oberbürgermeisterin sowohl im Jahr 2021 als auch im Jahr 2022 mit der Bitte angeschrieben habe, die Öffnung der Kundenzentren für Laufkundschaft an zwei Tagen pro Woche durchzuführen. Ältere Personen hätten Schwierigkeiten, Termine zu vereinbaren. Das digitale Programm für Terminvereinbarung in seinen Fähigkeiten sei „sehr bescheiden“. Es solle ermöglicht werden, Termine über 60 Tage hinaus zu vereinbaren.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlage kurzfristig kam, und bittet, die Vorlage zurückzustellen.

Die Vorlage wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

6.1 Offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.2 Neue Anfragen

**6.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bodycams beim Ordnungsdienst – Wann startet endlich das Pilotprojekt?"
AN/0374/2022**

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates, AN/0374/2022 der SPD-Fraktion "Bodycams beim Ordnungsdienst" 0587/2022

MdR Dr Krupp erkundigt sich, ob die zweijährige Testphase angesichts der Umstände auch zu einer einjährigen Testphase verkürzt werden könne. Mit Umständen sei gemeint, dass andere Bereiche die Bodycam bereits einsetzen würden und alle relevanten Punkte in einem Jahr getestet werden könnten (wie zum Beispiel Karneval, Weihnachten, und so weiter).

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**6.2.2 Anfrage Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion und der Volt-Fraktion betreffend "Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende"
AN/0453/2022**

**Beantwortung einer Anfrage betreffend „Realisierung Antrag Jobrad für städtische Mitarbeitende“, Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, CDU-Fraktion und Volt-Fraktion, AN/0453/2022
0706/2022**

MdR Richter erkundigt sich, ob das Angebot zum Jobrad auch für die Mitarbeiter*innen der einzelnen Fraktion gelten werde.

MdR Spehl teilt mit, dass es die Vorlage bereits in einer ähnlichen Form gegeben habe und diese auch ähnlich beantwortet worden sei. Dadurch käme die Frage auf, ob das Angebot realistisch bis zum 01.06.2022 umgesetzt werden könne und ob es noch weitere Dinge zu klären gebe (außer das Thema zum Vorschussdarlehen).

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Mündliche Anfrage der FDP-Fraktion betreffend "Karnevalsgeschehen am Zülpicher Platz"

MdR Görzel bittet darum, eine Evaluierung bezüglich des Karnevalsgeschehens am Zülpicher Platz abzugeben.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

7.2 Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion, Der Fraktion Die Linke und der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Städtepartnerschaften"

MdR Dr. Krupp stellt die Frage, warum die Verwaltung entschieden habe, die Städtepartnerschaften zu stoppen, und auf welche Grundlage sich die Entscheidung der Oberbürgermeisterin stütze. Dabei wolle man sich von den Aussagen, die in der russischen Städtepartnerschaft gefallen sei, distanzieren. Es ginge darum, den Kontakt zur Zivilgesellschaft in Russland zu halten.

MdR Tokyürek teilt mit, ebenfalls irritiert gewesen zu sein, dass die Städtepartnerschaften gestoppt worden seien. Es sei wünschenswert gewesen, wenn die Fraktionen bei dieser Entscheidung beteiligt worden wären und eine Diskussion möglich gewesen sei. Es sei wichtig, die zivile Gesellschaft in Russland zu unterstützen.

Herr Hock teilt mit, dass diese Frage ebenfalls in der Fraktion aufgekommen sei. Aus technisch-juristischen Gründen sei es wichtig gewesen, die Stadtgesellschaft und die Fraktionen bei der Entscheidung zu beteiligen.

Frau Sevim ergänzt, dass eine Städtepartnerschaft auch im Interesse von Kindern und Jugendlichen sei und daher nicht gestoppt werden solle. Es sei ein langer Prozess, eine solche Partnerschaft aufzubauen; wenn diese nun so kurzfristig gecancelt werde, könne es lange dauern, bis das Vertrauen und ein Netzwerk wieder aufgebaut werden könnten.

MdR Spehl entgegnet, dass er die Kritik an der Oberbürgermeisterin, eine alleinige Entscheidung getroffen zu haben, nicht nachvollziehen könne. Er halte die Entscheidung für demokratisch.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung im Nachgang zu.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffen "Ein Nachtbürgermeister für Köln – und einen Neuanfang nach Corona" AN/0448/2022

MdR Dr. Krupp teilt mit, dass 2016 ein solcher Antrag bereits gestellt worden sei. Er halte diesen Antrag in den jetzigen Zeiten für sehr dringend. Die Corona-Pandemie würde langsam auslaufen, und das Nachtgeschehen beginne wieder. Im Nachtleben käme es häufig zu Nutzungskonflikten und daher sei es richtig Nachtbürgermeister*innen einzusetzen. In Nordrhein-Westfalen und in München sei ein*e solche*r Nachtbürgermeister*in bereits eingeführt worden. Er bittet um die Zustimmung zu diesem Antrag.

MdR Richter teilt mit, den Antrag ablehnen zu wollen. Die Gründe seien dieselben, die auch 2016 bereits genannt worden seien. Es sei kein Konzept dahinter zu erkennen.

Er stelle sich die Frage, was ein*e Nachtbürgermeister*in im realen Leben nachts bezwecken solle. Bei den ausländischen Städten, in denen es eine*n Nachtbürgermeister*in gebe, handele es sich um ein gewähltes Gremium der Gastronomie. Somit sei er*sie eigentlich ein*e Vertreter*in dieses Bereiches.

Ein*e Nachtbürgermeister*in müsse moderieren zwischen den Interessen der Anlieger*innen, Gastronomie, Veranstaltungen, des Verkehrsdienstes, Ordnungsdienstes und der Industrie- und Handelskammer sowie vieler anderer respektabler Stakeholder. Dies sei nicht einer Person zuzuordnen. Es sei nebulös, wie dies im Verhältnis zu den bisherigen Moderationspunkten stehe. Die einzelnen Bereiche hätten bereits Vertreter*innen wie zum Beispiel die „Klubkomm“, diese sollen gestärkt werden. In den letzten Jahren sei in Köln viel in die Richtung aufgebaut worden, wie zum Beispiel der Gastronomie-Anlaufstelle in der Verwaltung.

MdR Spehl teilt mit, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag ebenfalls ablehnen werde. Es gebe bereits Stellen, die die beschriebenen Aufgaben adäquat ausfüllen würden. Demnach sei kein Mehrwert zu erkennen.

MdR Tokyürek teilt mit, dass dem Antrag zugestimmt werde. Die Diskussion über die Nutzungskonflikte sei sehr aktuell und genau dort werde die Position einer/eines Nachtbürgermeister*in gesehen. Es sei nicht nebulös, sondern eindeutig dargestellt, worum es ginge. Damit gebe es eine zusätzliche Person, die mit allen Stakeholdern gut vernetzt sei und somit gute Ziele erreichen könne. Sie schlägt vor, dass ein Konzept erstellt werden solle, in dem genauer die Erwartungen an eine*n Nachtbürgermeister*in dargestellt werde. Es bestehe zudem die Möglichkeit, die Einführung einer/einer Nachtbürgermeister*in über einen abgestimmten Zeitraum auszuprobieren.

MdR Görzel teilt mit, dass im Jahr 2008 in der Bezirksvertretung Innenstadt darüber diskutiert worden sei. In diesem Gremium sei der Antrag auch von dem Bündnis 90/Die Grünen befürwortet worden. Es werde im Ausschuss häufig über die Schnittstelle im öffentlichen Raum diskutiert. Da die bisherigen Instrumente nicht funktionieren würden, sei es einen Versuch wert, diese neue Stelle auszuprobieren.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion die Linken und der FDP-Fraktion abgelehnt.

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 1. Halbjahr 2022 3862/2021

MdR Richter erkundigt sich, was für das Kölner City Fest vom 08.07-10.07.2022 geplant werde. Die bisherigen Vorlagen würden nicht ganz ausreichen, um zu verstehen, was genau die Botschaft dieses Festes sei. Er fragt nach, wie der Anbieter und die Stadt zusammen gekommen seien, ob es eine Ausschreibung gegeben habe oder eine geplant werde und ob es ein Müllkonzept gebe.

Der Vorsitzende lässt über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 1. Halbjahr 2022
 - a. den zentralen Innenstadtplatz Neumarkt für die Durchführung
 - des „Antik- und Designmarktes“ vom 25. – 27.03.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 24. – 28.03.2022)
 - des „1. Kölner Cityfestes“ vom 08. – 10.07.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 05. – 12.07.2022)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.
 - b. Den zentralen Innenstadtplatz Rudolfplatz für die Durchführung
 - von „StadtLesen 2022“ vom 26. – 29.05.2022 (incl. Auf- und Abbauzeiten 25. – 30.05.2022)den jeweiligen Veranstalter*innen zur Verfügung zu stellen, sofern die zum jeweiligen Veranstaltungszeitpunkt geltenden aktuellen Vorgaben/Maßnahmen zur CoronaSchVO die Durchführung der geplanten Veranstaltungen zulassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Fortschreibung der Richtlinie "Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien - klimafreundliches Wohnen" 4342/2021

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Beschluss abstimmen.

Beschluss in der Fassung wie in der Sitzung des Ausschusses Klima, Umwelt und Grün vom 03.03.2022:

Unter die Förderrichtlinie fallen nur mit erneuerbaren bzw. künstlichen Brennstoffen betriebene BHKW. Mit fossilem Erdgas befeuerte BHKW sind nicht zulässig.

Die Wirkung der Förderrichtlinie wird jährlich evaluiert und gegebenenfalls nach einem politischen Beschluss angepasst

Der AVR empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat beschließt die neu ausgerichtete Förderrichtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – klimafreundliches Wohnen“ (ehemals „Altbausanierung und Energieeffizienz– klimafreundliches Wohnen“). Die neue Förderrichtlinie greift die geänderten Förderbedingungen der Bundes- und Landesfördergeber auf und passt die städtische Förderung hieran an. Zudem setzt sie kommunale Schwerpunkte in nicht durch andere Förderkulissen abgedeckten Maßnahmen.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die sich abzeichnenden neuen Förderschwerpunkte des Bundes zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien („Oster- und Sommerpaket“) schnellstmöglich in das bestehende Förderprogramm zu integrieren. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt Fördermöglichkeiten im Bereich Photovoltaik für Nichtwohngebäude (u.a. Gewerbegebäude) zu entwickeln und eine Ergänzung des Förderprogramms zur

Beschlussfassung vorzulegen.

3. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von bis zu 20.000.000 € zur Auszahlung von Fördermitteln auf Basis der Förderrichtlinie „Gebäudesanierung und Erneuerbare Energien – klimafreundliches Wohnen“, im Teilfinanzplan 1401 Umweltordnung, -vorsorge, bei der Teilplanzeile 11, Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen.
4. Für die Abwicklung der Fördermaßnahmen im Rahmen des Programms wird neben den vorhandenen vier Stellen ein zusätzlicher Personalbedarf geltend gemacht. Eine Stelle (EG 11, 78.6000 € p.a.) wurde bereits genehmigt. Ein darüberhinausgehender Stellenbedarf in Höhe von vier Stellen soll geprüft werden. Vorbehaltlich einer Bedarfsprüfung und Stellenbewertung wird der Personalbedarf von diesen zusätzlichen vier Stellen aktuell auf ca. 314.500 € p.a. geschätzt. Die Kompensation der Personalaufwendungen in Höhe von insgesamt 393.100 € erfolgt für das Haushaltsjahr 2022 aus dem Teilplan 1401 Umweltordnung, -vorsorge, Teilplanzeilen 13 Sach- und Dienstleistungen und 15 Transferaufwendungen.

Unter die Förderrichtlinie fallen nur mit erneuerbaren bzw. künstlichen Brennstoffen betriebene BHKW. Mit fossilem Erdgas befeuerte BHKW sind nicht zulässig.

Die Wirkung der Förderrichtlinie wird jährlich evaluiert und gegebenenfalls nach einem politischen Beschluss angepasst

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung der Fraktion Die Linke.

10.2 Anregung der Bezirksvertretung Nippes zur Wiedereinsetzung der Stadtserviceteams – als „schnelle Eingreifgruppen“ im öffentlichen Raum 0536/2022

MdR Richter bittet, den Beschluss um den folgenden Text zu ergänzen: *Die Verwaltung wird gebeten, die Anhörung der Bezirksvertretung Nippes zur Wiedereinsetzung des Stadt-Serviceteams zu prüfen und ein mögliches Umsetzungskonzept dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales darzulegen.*

Der Vorsitzende lässt über den geänderten Beschluss abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR) nimmt die Anregungen der Bezirksvertretung Nippes aus ihrer Sitzung am 27.01.2022 (TOP 8.2.1) zur Kenntnis und leitet sie gemäß § 38 Absatz 13 Satz 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln an die für diese Angelegenheit zuständige Oberbürgermeisterin weiter.

Die Verwaltung wird gebeten, die Anhörung der Bezirksvertretung Nippes zur Wiedereinsetzung des Stadt-Serviceteams zu prüfen und ein mögliches Umsetzungskonzept dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales darzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Gez. Bernd Petelkau

Gez.

Anja Siemon

(Vorsitzender)
rin)

(Schriftführer)